

Gesprächsrunden mit den Schulen

Der Kreisverband Mitte diskutiert als erster mit den Schulen das schulpolitische Programm der CDU Berlin
Von Dr. Frank Knappe

„Schule in Berlin – leistungs- und wertorientiert, bewahren und erneuern“ ist der Titel des Programms das auf dem letzten Landesparteitag beschlossen wurde. Unter diesem Arbeitsthema hatte der Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Schule und Kultur am 16. Februar auch alle Schulleiter und Elternsprecher der Schulen im Bezirk Mitte eingeladen. Rund 30 Teilnehmer, darunter Vertreter aus 8 verschiedenen Schulen im Bezirk Mitte, folgten dem Angebot mit uns ins Gespräch zu kommen.

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Stephan Tromp ging Gerhard Schmid, Vorsitzender des Forums Schulpolitik und berufliche Bildung, in seinem Referat auf die wesentlichen Probleme der Berliner Schule und die Forderungen der CDU ein. Ein zentrales Ziel ist für die CDU die Verbesserung der Sprachkenntnisse bei den Migrantenkindern. Die Einschulung soll nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen und Fähigkeiten erfolgen.

Dazu sollen Sprachstandsmessung bei den Kindern ab 4 Jahren erfolgen. Bei Defiziten soll es eine Vorklassenpflicht bis zu zwei Jahren geben. Ebenfalls wichtig ist aber auch die Begabtenförderung, z.B. durch den Zugang zum Gymnasium nach der 4. Klasse. Zum Thema Werteerziehung untermauerte Schmid die Forderung der CDU nach einer Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion – Ethik/Philosophie.

Bei der Diskussion wurde ein breites Spektrum wie z.B. die Schließung der Gebrüder-Grimm Jugendbücherei in der Turmstraße bis hin zum Islamkundeunterricht thematisiert. Dabei konnten die Schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Frau Katrin Schultze-Berndt MdB und der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion der BVV, Dr. Frank Knappe, die Arbeit der CDU verdeutlichen. Am Ende relativierte ein

Lehrer eines Weddingener Gymnasiums die Möglichkeiten der Schule durch eine einfache Frage: „Wie kann Chancengleichheit für die Kinder möglich sein, wenn viele Eltern heute selbst Hilfe brauchen?“

Das Gesprächsangebot der Kreisverbände Mitte wurde von den Schulvertretern sehr positiv aufgenommen, alle wollten gerne wieder eingeladen werden. Die Diskussion machte aber deutlich, dass Schule nicht isoliert, sondern immer auch mit den Kernthemen Arbeit und Wirtschaft sowie Integration und Sicherheit betrachtet werden muss.



Der stellv. Kreisvorsitzende Volker Liepelt, Katrin Schultze-Berndt MdB, Dr. Hans-Joachim Schwarz von der Theodor-Heuss-Oberschule, Dr. Frank Knappe, Gerhard Schmid und der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion in der BVV Carsten Spallek freuten sich über die interessante Diskussion.



Rot Rot schürt Ängste gegen Europa

„Die rot-rote Koalition missbraucht die Diskussion über den Vorschlag der EU-Kommission zu einer Dienstleistungsrichtlinie, um Ängste gegen Lohndumping und Sozialabbau zu schüren“, so der europapolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Stephan Tromp.

Tromp weiter: „Das Ziel der Öffnung des Dienstleistungssektors ist grundsätzlich zu unterstützen. Dass die Richtlinie noch nicht ausgereift ist, hat die EU-Kommission bereits eingeräumt und weitere Änderungen angekündigt. Insbesondere die Verankerung des Herkunftslandsprinzips bedarf der Überarbeitung.“

Bereits jetzt sieht der Richtlinienentwurf jedoch zahlreiche Ausnahmen vor. So ist z.B. vorgesehen, dass Arbeitnehmer-schutzrechte nicht verändert werden. Die Entsenderichtlinie gilt weiterhin. Somit müssen Arbeitnehmer aus anderen EU-Staaten nach deutschem Recht beschäftigt werden. Vielmehr ist die Bundesregierung aufgefordert, die EU-Entsenderichtlinie so umzusetzen, dass verdeckte Leiharbeit unterbunden werden kann.

Die massive Kritik der rot-roten Koalition ist deshalb überzogen und in der Sache ungerechtfertigt. Statt dessen ist eine konstruktive Mitarbeit an der Gestaltung des Binnenmarktes für Dienstleistungen nötig.“

Abschließend warnte Tromp davor, die Diskussion um die richtigen Konzepte, wie Europa im weltweiten Wettbewerb konkurrenzfähig gemacht werden kann, nur mit den Warnungen vor Lohndumping und Sozialabbau zu verbinden. Die EU mit ihrem Binnenmarkt hat maßgeblich zum Wohlstand und dem hohen Sozialstandard in Deutschland beigetragen. Dies darf nicht vergessen werden, so Tromp.

Drogenszene etabliert sich in Mitte

von Frank Henkel, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

In den vergangenen Monaten hat sich in einigen Teilen des Bezirkes Mitte eine nahezu offene Drogenszene etabliert. Einen regen Drogenhandel gibt es nicht nur an der Turmstraße, sondern mittlerweile auch im Bereich des Weinbergparks an der U-Bahnlinie 8 und an der Chausseestraße/Schwarzkopfstraße. Nach einem Gespräch einer Anwohnerinitiative mit der Polizei kam man zu dem Ergebnis, dass den Ordnungshütern personelle und materielle Mittel fehlen, um den Handel einzudämmen. Ohne eine optimale Kontrolle ist es aber schwer, die gut organisierten Drogendealer in den Griff zu bekommen. Die Folge: Der Drogenhandel geht mit einer Verwahrlosung der umliegenden Gebiete und

einem Ansteigen auch von anderen als nur Delikten im Drogenmilieu einher. Zu Lasten der Anwohner und Gewerbetreibenden.

Dieses Beispiel zeigt, dass die Politik des rot-roten Senats in die falsche Richtung läuft und nicht ohne Folgen für die Bevölkerung bleibt. Auf der einen Seite führen die personellen Einsparungen bei der Polizei zu massiven Problemen bei der Kontrolle von Problemgebieten - auf der anderen Seite hat die Einrichtung von sogenannten Fixerstuben unter anderem in der Birkenstraße in Moabit keinesfalls Besserung bei der Bekämpfung des Drogenhandels in Mitte gebracht. Ganz im Gegenteil: Immer klarer stellt sich heraus, dass die Drogenszene in Berlin

immer stärker Fuß fasst und die Anzahl der Drogendelikte durch die Fixerstuben wie vor Jahren schon in Hamburg deutlich ansteigt. Allein 2004 sind in Mitte 40 Drogenabhängige gestorben. Das sind die meisten Toten in einem Bezirk in ganz Berlin.

Der Versuch, dem Drogenkonsum mit einer liberalen Politik vorzubeugen, muss deshalb beendet werden. Jetzt gilt: Nur durch repressive Maßnahmen und vernünftige Therapieeinrichtungen kann eine offene Drogenszene effektiv bekämpft werden. Vorrang muss eine verantwortungsbewusste Drogenpolitik haben, die Prävention und eine Bekämpfung der Drogenkriminalität mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verbindet.

Angela Merkel am Gesundbrunnen

Auf Einladung des Weddingener Abgeordneten und Kreisvorsitzenden der CDU Mitte, Stephan Tromp und des Vorsitzenden der Lichtburg-Stiftung Prof. Dr.

Michael Wolffsohn war die Vorsitzende der CDU Deutschland und der CDU/CSU Bundestagsfraktion Frau Dr. Angela Merkel am 23. Februar 2005 zu Gast im Lichtburgforum am Gesundbrunnen.

Vor über 90 Gästen nahm Frau Merkel Stellung zu den aktuellen politischen Fragen. Im Vordergrund standen dabei

natürlich die Positionen der Union in der Integrationspolitik sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Zwei Themen, die gerade für den Wedding von großer Bedeutung sind. Frau Dr.

Merkel erneuerte die Forderung der Union, dass jeder der nach Deutschland kommt und hier dauerhaft leben will, die deutsche Sprache erlernen muss. „Der Spracherwerb ist der Schlüssel zur Integration“, so Merkel.

Darüber hinaus würdigte sie das bürgerliche Engagement der Familie

Wolffsohn, die in der Gartenstadt Atlantik ein neues Konzept für innerstädtisches Wohnen verwirklicht: deutsch-türkisch-jü-

disch-interkulturell, mit Raum und Zeit für Kultur der drei Kulturen im Lichtburgforum. Der Abgeordnete Stephan Tromp, in dessen Wahlkreis die Gartenstadt Atlantik liegt, unterstützt dieses Projekt.

„Es gilt Zeichen zu setzen, um den Stadtteil in die Wahrnehmung der Berliner positiv zu besetzen. Mit dem Besuch von Merkel und damit verbundenen öffentlichen Wahrnehmung haben wir hierzu einen Beitrag leisten können“, so Tromp.

Wie wichtig der Termin Frau Dr. Merkel war, lässt sich an der Tatsache ablesen, dass sie am Mittag des selben Tages mit dem amerikanischen Präsidenten Georg Bush in Mainz zusammentraf und am Abend extra für den Termin am Gesundbrunnen nach Berlin zurückflog. Ein Engagement, welches man nicht an den Tag legt, wenn man dem Termin keine Bedeutung zumisst.



Dr. Angela Merkel, Prof. Dr. Michael Wolffsohn und Stephan Tromp im Gespräch (v.l.)